

Britische Parlamentarier starten eine Initiative, um zu verhindern, dass die Regierung den Zugriff der Justiz auf ausländische Kriegsverbrecher, zum Beispiel aus Israel, erschwert.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 030/10 – 30.01.10**

Wir dürfen die Kriegsverbrecher-Gesetze nicht außer Kraft setzen!

Brief an THE GUARDIAN, 16.01.10

(<http://www.guardian.co.uk/world/2010/jan/16/war-crimes-universal-jurisdiction-israel>)

Wir sind geschockt über die Vorschläge des Staatssekretärs im Außenministerium Ivan Lewis und des Außenministers David Miliband, Großbritannien möge Gesetzesänderungen in Betracht ziehen, um Personen aus Israel oder aus anderen Ländern, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, künftig nicht mehr verfolgen zu müssen. Das Vereinigte Königreich kann seine Verpflichtungen, die ihm aus internationalen Verträgen erwachsen, nicht einfach außer Kraft setzen – insbesondere nicht die aus vierten Genfer Konvention, die vorschreibt, dass Kriegsverbrecher aufgespürt und verfolgt werden müssen, gleichgültig, wo sie sich aufhalten und welchen Status, Rang oder Einfluss sie haben, wenn aussagekräftige Beweise gegen sie vorliegen. Wir weisen jeden Versuch zurück, die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt und ihre Integrität zu untergraben. Ein Richter, dem genügend Beweise für ein Kriegsverbrechen vorliegen, muss das Recht behalten, die Verhaftung eines Verdächtigen anzuordnen, dem natürlich die normalen Rechte eines Verhafteten zustehen.

Die Befugnis, Personen, die begründet verdächtigt werden, irgendwo auf der Welt Kriegsverbrechen begangen zu haben, festzunehmen, wenn sie den Boden des Vereinigten Königreichs betreten, ist eine wirksame und notwendige Maßnahme im Kampf gegen Kriegsverbrechen und darf nicht, wie am 6. Januar gefordert, eingeschränkt werden. (Weitere Infos dazu unter <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jan/05/israel-war-crimes-warrants-britain> und <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jan/06/lady-scotland-israeli-war-crimes> !) Die Regierung sollte keinesfalls dem Druck irgendeiner ausländischen Macht nachgeben und diese entscheidende Zugriffsmöglichkeit unserer Justiz beschränken. Wir fordern die Regierung auf, eindeutig zu bestätigen, dass sie das Gesetz über den Zugriff auf Kriegsverbrecher aus aller Welt nicht verändern wird und es Opfern von Kriegsverbrechen auch weiterhin ermöglicht, Gerechtigkeit vor britischen Gerichten zu suchen.

John Austin, Mitglied der Parlaments

(Es folgen weitere 90 Unterschriften von Parlamentariern, Juristen und besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die unter dem eingangs angegebenen Link nachzulesen sind. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

guardian.co.uk

Saturday, 16 January 2010

Letter: We must not renege on war crime laws

We are shocked at suggestions by the Foreign and Commonwealth Office minister Ivan Lewis and foreign secretary David Miliband that Britain may consider changing its laws to

avoid any future attempts to prosecute suspected war criminals, Israeli or otherwise. The UK must not renege on its international treaty obligations, particularly those under the fourth Geneva convention to seek out and prosecute persons suspected of war crimes wherever and whoever they are, whatever their status, rank or influence, against whom good prima facie evidence has been laid. We reject any attempt to undermine the judiciary's independence and integrity. A judge who finds sufficient evidence of a war crime must have power to order the arrest of a suspect, subject to the usual rights to bail and appeal.

The power to arrest individuals reasonably suspected of war crimes anywhere in the world should they set foot on UK soil is an efficient and necessary resource in the struggle against war crimes, and must not be interfered with (Report, 6 January). Nor should the government succumb to pressure from any foreign power to alter this crucial aspect of the judicial process. We urge the government to state clearly that it will not alter the law on universal jurisdiction and will continue to allow victims of war crimes to seek justice in British courts.

John Austin MP
and 90 more signatories

(see <http://www.guardian.co.uk/world/2010/jan/16/war-crimes-universal-jurisdiction-israel>)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern